



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

NACHFOLGESETZE ZUM JAHRESSTEUERGESETZ 2013

Das von den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der FDP begonnene Gesetzgebungsverfahren für ein „Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz“ (Rumpfgesetz zum JStG 2013) hat gestern, den 21.02.2013, die erste Lesung im Bundestag durchlaufen. Der weitere Zeitplan ist wie folgt vorgesehen:

- Abschlussberatung im Bundestags-Finanzausschuss: 27.02.2013
- 2./3. Lesung im Plenum des Bundestages: 28.02.2013
- Beratung im Bundesrats-Finanzausschuss: 07.03.2013
- Beratung im Bundesrat: 22.03.2013 (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf Seite 3

ZWISCHENBERICHT DER OECD ZUR AUSHÖHLUNG VON STEUERBEMESSUNGSGRUNDLAGEN UND GEWINNVERLAGERUNGEN VERÖFFENTLICHT

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) haben nach ihren Gesprächen am 15. und 16.02.2013 in Moskau in einem Statement den im Auftrag der G-20 erstellten und am 12.02.2013 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im Folgenden OECD) vorgelegten Bericht „Addressing Base Erosion and Profit Shifting“ (im Folgenden BEPS) begrüßt. Dieser enthält vorläufige Ergebnisse einer Untersuchung zum Ausmaß und der Funktionsweise unerwünschter internationaler Steuerverlagerungen.

Das Projekt BEPS adressiert die Fragen, ob und wieso steuerpflichtige Gewinne multinationaler Unternehmen nicht in Ländern besteuert werden, in denen die Unternehmensaktivität stattfindet. Der Bericht beschäftigt sich mit der Problematik legaler internationaler Steuergestaltungsmöglichkeiten und weist auf den Bedarf der internationalen Zusammenarbeit hin, mögliche Steuerlücken zu schließen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf Seite 3

EDITORIAL

Liebe Leser,

nach der Veröffentlichung des Richtlinienentwurfs der EU-Kommission zur Finanztransaktionssteuer wird gegen den geplanten weiten Anwendungsbereich Sturm gelaufen. Im Fokus dieser Ausgabe steht der Zwischenbericht der OECD zur Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen. In diesem wird bekräftigt, gegen aggressive Steuerplanungen von Großunternehmen vorgehen zu wollen. Der Zeitrahmen – ein Aktionsplan soll bereits im Juni präsentiert werden – ist eng gestrickt und birgt daher die Gefahr von Schnellschüssen. Auf nationaler Ebene macht sich die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat bemerkbar. Die Länder wollen einen eigenen Gesetzentwurf eines Jahressteuergesetzes einbringen, der zahlreiche vom Bundesrat im vergangenen Sommer in seiner Stellungnahme vom 06.07.2012 vorgebrachten Vorschläge (Cash-GmbH, RETT-Blocker-Strukturen, etc.) aufgreift. SPD und Grüne haben in ihrem am Mittwoch präsentierten Koalitionsvertrag die allgemeinen Steuererhöhungspläne mit Blick auf die Bundestagswahl bekräftigt. Wir haben Ihnen die wesentlichen Punkte zusammengefasst. Schließlich finden Sie in dieser Ausgabe die Zusammenfassung zweier BFH-Urteile zum Wertaufhellungszeitraum sowie der § 6b-Rücklage.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1–7

Nachfolgegesetze zum Jahressteuergesetz 2013

Zwischenbericht der OECD zur Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen veröffentlicht

Steuerhöhungspläne von SPD und Grünen im Koalitionsvertrag von Niedersachsen festgeschrieben

BFH: Bestimmung des Wertaufhellungszeitraums

BFH: Ausübung des Wahlrechts bei Übertragung der § 6b-Rücklage in einen anderen Betrieb

→ OUTGOING 8

vom 18.02. bis 22.02.2013

Gesetzesinitiative zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften u.a.

→ STATUS 9–13

vom 22.02.2013

Jahressteuergesetz 2013 der Länder

Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (AmtshilfeRLUmG)

Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-StAnpG)

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 14

vom 25.02. bis 01.03.2013

BUNDESTAG:

225. Sitzung des Deutschen Bundestages zur zweiten und dritten Beratung eines Entwurfs des Gesetzes zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften

BUNDES RAT: 907. Sitzung zum Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

STAKEHOLDER: keine relevanten Termine

STEUERERHÖHUNGSPLÄNE VON SPD UND GRÜNEN IM KOALITIONSVERTRAG VON NIEDERSACHSEN FESTGESCHRIEBEN

Nach der Wahl Stephan Weils am 19.02.2013 zum Ministerpräsidenten in Niedersachsen und mit der Unterzeichnung des niedersächsischen Koalitionsvertrags sind die aktuellen steuerpolitischen Pläne von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erstmals in einem Koalitionsvertrag festgelegt und präzisiert worden. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf Seite 5

BFH: BESTIMMUNG DES WERTAUFHELLUNGSZEITRAUMS

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Beschluss vom 12.12.2012 (I B 27/12) entschieden, dass der für die steuerliche Gewinnermittlung maßgebliche Wertaufhellungszeitraum durch die gesetzliche Frist für die Aufstellung des Jahresabschlusses begrenzt ist.

In dem zugrundeliegenden Streitfall erteilten die Abschlussprüfer am 06.05.2008 der M-GmbH (Klägerin) einen Bestätigungsvermerk für den handelsrechtlichen Jahresabschluss zum 31.12.2007. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf Seite 6

BFH: AUSÜBUNG DES WAHLRECHTS BEI ÜBERTRAGUNG DER § 6B-RÜCKLAGE IN EINEN ANDEREN BETRIEB

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 19.02.2012 (Aktz: IV R 41/09) entschieden, dass das Bilanzierungswahlrecht für die Bildung und Auflösung einer § 6b-Rücklage immer durch entsprechenden Bilanzansatz im „veräußernden“ Betrieb auszuüben ist, auch wenn die Rücklage auf Wirtschaftsgüter eines anderen Betriebs des Steuerpflichtigen übertragen werden soll. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf Seite 6

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu



PROBEABONNEMENT Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)